Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 74. | Dresden, Mittwoch den 2. April 1913. | 24. Jahrg.

Der Landesverband Nordbayern des Hansabundes protestiert entschieden gegen die Deckungsvorlagen.

Der Pächter Sohst hat dem Hause Hohenzollern Frieden bewilligt. Er hat dafür einen Orden bekommen.

An der Flottendemonstration gegen Montenegro wird der deutsche Kreuzer Breslau teilnehmen.

Der Bürgermeister von Usedom ist wieder einmal abhanden gekommen.

In der Solinger Gegend ist eine große Anzahl Personen nach dem Genuß von Pferdefleisch an Fleischvergiftung erkrankt.

In Elefthera kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Bulgaren und Griechen.

Militarismus und Demokratie.

Die Junker lieben die Armee. Sie sehen in ihr nicht bloß eine Versorgungsanstalt für ihre Söhne, sondern auch das stärkste Bollwerk ihrer politischen Vorherrschaft. Wenn es in Preußen Wahlrechtsdemonstrationen gibt, wird allemal das Militär in den Kasernen konsigniert. Man ist bereit, wenn es hart auf hart kommt, das elendeste aller Wahlsysteme auch mit Kartätschen zu verteidigen.

136 000 Soldaten mehr, das heißt unter den bestehenden Verhältnissen zunächst auch 136 000 bis an die Zähne bewaffnete Verteidiger des Dreiklassenwahlrechts mehr. Dazu kommen noch die 27 000 Pferde. Sie sind gegebenenfalls besonders nützlich: man kennt ja den Wert der Kavallerie aus dem letzten Ruhrstreik und den Attacken der berittenen Schutzleute in Berlin. Ein Reiterschwarm, der mit geschwungenen Säbeln oder gefällten Lanzen todesmutig heranstürmt, macht auf eine unbewaffnete Menschenmenge einen außerordentlich starken Eindruck, besonders wenn sich auch Frauen und Kinder in ihr befinden. Jene Säbel und Lanzen, denen sich allenfalls ja noch die Karabiner und Maschinengewehre hinzugesellen können, sind nach der politischen Gewaltstheorie des Junkertums die Säulen, auf denen der preußische Staat ruht.

Wer Politik treibt, gewöhnt sich bald das Staunen ab. Aber eine gelinde Bewunderung überkommt einen doch angesichts der unübertrefflichen Frechheit des Junkertums, das sich sittlich entrüstet stellt darüber, daß die Vertreter der arbeitenden Volksmassen im Reichstage jede Forderung des herrschenden Militarismus ablehnen. Steuern zahlen müssen wir alle und seine zwei Jahre abdienen muß auch jeder, der da ausgehoben wird. Es ist ein Zwang, dem man sich fügt. Aber von den sozialdemokratischen Abgeordneten verlangen, sie sollten aus freiem Willen Geld für die Gewehre bewilligen, die man unter Umständen gegen ihre Wähler richten will, und in ein patriotisches Zetergeschrei ausbrechen, weil jene zu solchen Diensten nicht zu haben sind, heißt der Heuchelei die Krone aufsetzen. Nicht minder widerwärtig wirkt das Treiben jener bürgerlichen Parteien, die zwar den brutalen Gewaltstandpunkt des Junkertums nicht teilen, die aber trotzdem in patriotischer Entrüstung mitmachen, weil die Sozialdemokratie kein Geld und keine Soldaten für die Armee bewilligt.

Jeder einigermaßen Ehrliche und objektiv Denkende müßte zugeben, daß wenigstens unter den gegenwärtig obwaltenden Verhältnissen jede Bewilligung von Mitteln für das Militär durch die Sozialdemokratie eine glatte Unmöglichkeit ist. Ja, jeder bürgerliche Abgeordnete, in dessen Munde das Wort Freiheit nicht bloß Schall und Rauch ist, müßte den Standpunkt der Sozialdemokratie nicht nur begreifen, sondern ihn auch teilen. Solange die herrschende Kaste Preußen-Deutschlands das sogenannte Volksheer als willenloses Werkzeug in ihrer Hand betrachten darf, so lange die Armee dazu mißbraucht wird, ein offenbares, von aller Welt erkanntes und verdammtes Unrecht zu beschirmen, solange müßte auch für jeden bürgerlichen Abgeordneten, der ein wirklicher Volksvertreter sein will, die Devise gelten: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!

Indessen weist ein wenn auch kleiner Teil der bürgerlichen Presse im Einklang mit der Sozialdemokratie auf einen anderen Weg hin, sich mit dem herrschenden Militarismus demokratisch auseinanderzusetzen, nämlich auf die Möglichkeit innerer Reformen in der Armee. Das Heer kann den Junkern nur deshalb als die Exekutive ihrer Parteiorganisation gelten, weil es seine Massen zu starrem Kadavergehorsam erzieht, während sich seine Leitung in den Händen des Junkertums selber befindet. Zu welchen Mißständen der herrschende Kastengeist und Kastendünkel geführt hat, darüber kann man auch in der bürgerlichen Presse manche erbauliche Betrachtung finden, und man darf darauf gespannt sein, inwieweit die bürgerlichen Parteien die sich bietende große Gelegenheit ausnutzen werden, um diesen Mißständen ein Ende zu bereiten. Wenn sich die bürgerlichen Parteien nicht auf den Standpunkt der Negation stellen wollen, der gegenüber diesem Militarismus der allein richtige ist, so sollten sie sich doch verpflichtet fühlen, die Bewilligung des angeblich „Notwendigen" von weitgehenden Bedingungen bezüglich der inneren Reorganisation des Heeres abhängig zu machen. Hierzu gehören: Verkürzung der allgemeinen Dienstzeit, Aufhebung des Einjährigen-Privilegs, Offiziersersatz aus dem Unteroffizierskorps, Zulassung der Juden zur Offizierslaufbahn, besserer Schutz der Mannschaften vor Mißhandlungen, Beseitigung der Duellunsitten, Unterstellung der Militärpersonen unter die bürgerliche Strafjustiz u. a. mehr. Die Heeresverwaltung ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen gezwungen, solche Bedingungen anzunehmen, wenn sie nicht mit ihren Forderungen durchfallen will: Es liegt also in der Hand der bürgerlichen Parteien, alle Versprechungen wahr zu machen und die Armee in ihrer inneren Organisation einem wirklichen Volksheer wenigstens einigermaßen anzunähern. Jetzt oder nie!

Ihre grundsätzlich ablehnende Haltung wird die Sozialdemokratie nicht hindern, solche positive Arbeit energisch zu unterstützen, und der Wert dieser Unterstützung wird dadurch nicht verringert, daß die Sozialdemokratie auch eine verbesserte Militärvorlage schließlich ablehnen wird. Denn daß die verbündeten Regierungen eine solche verbesserte Vorlage nicht zum Gesetz machen oder daß die Rechte gegen sie stimmen würde, ist auf keinen Fall anzunehmen.

Den bürgerlichen Parteien fehlt also, wenn sie auch diesmal wieder gänzlich versagen sollten, jede Ausrede. Sie werden durch ihr Versagen der Sozialdemokratie zum Kampfe gegen sie noch eine Waffe mehr in die Hand geben. Im übrigen braucht die Sozialdemokratie vor der Vermehrung der Armee, falls sie wirklich und ohne innere Reformen durchgeführt wird, nicht zu erschrecken. Denn die Erhöhung der Präsenzziffer wird die Militärbehörde nötigen, städtische Elemente in noch stärkerem Maße als bisher zum Heeresdienste heranzuziehen, und dadurch wird die Armee trotz alledem einem wirklichen Volksheer ähnlicher gemacht, wenn auch nicht der Form, so doch dem Geiste nach, der jeden Einzelnen beseelt.

Wir wollen uns in die Perspektiven, die sich aus diesem Sachverhalt ergeben, nicht allzuweit verlieren, sondern nur soviel sagen: Je mehr Grund die herrschenden Mächte haben, unter der Soldatenmütze einen selbständig denkenden Mächte haben, hinter dem bunten Rock ein mit dem Volke fühlendes Herz zu vermuten, desto rascher werden sie von der verhängnisvoll falschen Vorstellung abkommen, daß der augenblickliche Besitz der physischen Gewalt ihre Herrschaft dauernd sichere und ihnen jeglichen Mißbrauch der ihnen anvertrauten Machtmittel gestatte.

„Erst das revolutionäre und demokratische Frankreich hat in einer Zeit der höchsten Erregung die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, und dieses Wehrsystem wurde später in Preußen und den übrigen aristokratischen Militärstaaten Europas trotz der gänzlich verschiedenen politischen und sozialen Verhältnisse nachgeahmt. Und der Zifferwahnsinn der militärischen Kreise trachtet unsere ungeheuren Proletarierheere noch immer zu vermehren und wird in diesem Bestreben kaum früher innehalten, als bis das gesamte tatkräftige Proletariat in der Armee versammelt sein wird. Da derjenige, welcher das Schwert führt, erfahrungsgemäß seine politischen und sozialen Interessen zuletzt immer durchgesetzt hat, so erscheint dadurch der schließliche Triumph des volkstümlichen Arbeitsstaates besiegelt, wenngleich die überlisteten militärischen Ordnungen die alten Herrschaftsverhältnisse noch lange Zeit aufrechterhalten werden."

So schrieb vor 10 Jahren der revolutionäre philosophierende österreichische Hofrat und Professor Anton Menger in seiner Neuen Staatslehre. Und sicher kommt noch die Zeit, in der das alte Junkerschlagwort: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten" seinen Kurswert verloren haben wird!

Montenegro und die Mächte.

Das Reutersche Bureau erfährt, daß die vom Auslande telegraphisch eingelaufenen Nachrichten, wonach die Ansichten der Mächte über die Flottendemonstration gegen Montenegro auseinandergingen, in den Londoner amtlichen Kreisen Ueberraschung hervorgerufen hätten. Es sei die einmütige Meinung der Mächte, daß, falls Montenegro ihren Wünschen nicht entspräche, eine Flottendemonstration notwendig werde, um die Wünsche der Mächte zur Geltung zu bringen.

Die mühsam aufrecht erhaltene Einigkeit der Mächte gegen das halsstarrige Montenegro hat jetzt ihren Ausdruck in einer neuen Kollektivnote gefunden, in der der kleine Balkanstaat zum letztenmale aufgefordert wird, die Belagerung von Skutari unverzüglich aufzuheben. Für den Fall der Nachgiebigkeit wird eine Kompensation in Aussicht gestellt, die von der Londoner Botschafterkonferenz in kürzester Zeit beschlossen werden soll. Für den entgegengesetzten Fall wird angedroht, daß nicht nur Montenegro des Anspruchs auf eine Entschädigung verlustig gehen werde, sondern daß dann alle Mächte ohne Ausnahme durch alle ihnen geeignet erscheinenden Mittel Montenegro zu zwingen wissen würden.

Die Gefahr, daß es über die montenegrinische Frage zum Bruch der Einigkeit unter den Großmächten kommen würde, erscheint damit bis auf weiteres beseitigt. Die Enthaltung Rußlands und Frankreichs von der internationalen Flottendemonstration soll nur eine vorläufige und bedingte sein; für den Fall, daß Montenegro auch die letzte Warnung in den Wind schlägt, soll Europa geschlossen gegen den winzigen Staat aufmarschieren.

Die Vorstellung der Größengegensätze — Europa gegen das kleine Ländchen, das kaum über die Einwohnerzahl einer mittleren deutschen Großstadt verfügt — wirkt im ersten Augenblick humoristisch. Auf der anderen Seite aber muß man sich sagen, daß die Beschlüsse der Mächte allen Sinn verlieren, wenn nicht hinter ihnen der entschlossene Wille steht, sie zur Tat umzusetzen. Der Schwache wird sich also hier keineswegs der öffentlichen Sympathie zu erfreuen haben: vielmehr erscheint es als eine unausdenkbare Frivolität, daß der Zaunkönig der schwarzen Berge sich dem im Interesse des Friedens gefaßten Beschlusse einer so ungeheuren Völkermajorität widersetzen sollte. Einstweilen darf man jedoch hoffen, daß der Kollektivschritt der Mächte zu der selbstverständlich gebotenen Erledigung der strittigen Angelegenheit in allerkürzester Zeit führen wird.

Ist aber die Skutarifrage, wie man erwarten darf, zu einer gedeihlichen Lösung gebracht, so darf man nicht vergessen, daß weniger der erstaunliche Heldenmut, den Oesterreich gegen Montenegro betätigt, das Verdienst daran trägt als das Zusammenwirken Englands mit Deutschland. Die Auflösung des starren Gegensatzes zwischen Dreibund und Tripelentente hat zu diesem erfreulichen Ergebnis geführt, und in ihr liegt auch die stärkste Hoffnung auf die weitere Erhaltung des europäischen Friedens.

Montenegros ablehnende Antwort.

Cetinje, 1. April.

Aus amtlicher montenegrinischer Quelle wird berichtet: Die montenegrinische Regierung erteilte den Vertretern der Großmächte folgende Antwort: Die königliche Regierung behält sich, sobald ein Einvernehmen der Großmächte über die gesamte Nord- und Nordostgrenze erfolgt sein wird, das Recht vor, sich mit ihren Bundesgenossen zu beraten. Was die Mitteilung der Großmächte bezüglich der Einstellung der Feindseligkeiten um Skutari herum sowie in den besetzten Gebieten, die die Großmächte Albanien überlassen zu haben erklärten, und was die Räumung dieser Gebiete anbetrifft, so kann die Regierung zu ihrem großen Bedauern dem Wunsche der Großmächte nicht Rechnung tragen mit Rücksicht darauf, daß der Kriegszustand zwischen der Türkei und den Verbündeten fortdauert, und da die Großmächte den Verbündeten in feierlicher Weise zu Beginn des Krieges erklärt hatten, in keiner Weise die militärischen Operationen der Verbündeten behindern und Neutralität beobachten zu wollen. Was die Forderung betrifft, daß dringende Maßnahmen getroffen werden, um den wirksamen Schutz der muselmanischen und katholisch-albanischen Bevölkerung in den Montenegro abgetretenen Gebieten zu versichern, so erlaubt sich die königliche Regierung hervorzuheben, daß der einzige Titel für die Erwerbung der Gebiete, sowohl was Montenegro als was seine Verbündeten betrifft, nur der Friedensvertrag mit dem Ottomanischen Reiche sein kann. Was die katholische und die muselmanisch-albanische Bevölkerung betrifft, so stehen diese unter dem Schutz der montenegrinischen Gesetze, welche ihnen die wirksamsten Bürgschaften für die religiöse und die bürgerliche Freiheit ohne Unterschied der Nationalität und ihres Bekenntnisses gewähren.

Die Türken sollen die Schuld haben.

Wien, 1. April. Von amtlicher Seite in Cetinje wird die Situation so dargestellt, daß nicht die Montenegriner, sondern die Türken selbst den Kampf wieder aufgenommen haben. Die Türken hätten vom großen Tarabosch aus einen heftigen Angriff auf die montenegrinischen Stellungen unternommen, seien aber zurückgeschlagen worden. Das Bombardement wurde kurz darauf in verstärktem Maße wieder aufgenommen. — Privatmeldungen zufolge sollen bereits geheime Unterhandlungen wegen der Kapitulation von Skutari stattfinden.

Skutari vor dem Generalsturm.

Dulcigno, 1. April. Gestern vormittag griffen montenegrinische Bataillone der Südarmee den Tarabosch an. Das Gefecht dauerte von 9 Uhr vormittags bis in die Nacht. Die ersten Redouten wurden mittags genommen; die serbische Artillerie hält die türkischen Positionen bei Grdice, Biatso und Tepe in Schach, so daß diese die Verteidiger des Tarabosch nicht unterstützen können. Die zweite Reihe der Schanzen fiel am Nachmittag um 5 Uhr. Die Kämpfe werden heute mit Erbitterung fortgesetzt. Die türkische Kanonade wird von Stunde zu Stunde schwächer. Die Kunde, daß 30 Transportschiffe, aus Saloniki kommend, in Medua landen sollen, hat den Truppen um Skutari große Freude bereitet. Die Hauptangriffe der Verbündeten werden stündlich erwartet.

Die internationale Aktion.

Rom, 1. März. Die Tribuna schreibt: Da Frankreich an der Flottendemonstration nicht teilnimmt, wird sie von England, Oesterreich-Ungarn und Italien veranstaltet werden. Wenn Montenegro sich nicht heute oder morgen entschließen wird, dem Willen Europas, die Belagerung von Skutari aufzuheben, Folge zu leisten, wird die englisch-italienisch-österreichisch-ungarische Flottendemonstration sofort stattfinden.

Die österreichisch-deutschen Rüstungen.

Wien, 1. April. Die Neue freie Presse meldet: Heute nachmittag fand unter dem Vorsitz des Ministers des Aeußeren eine marinepolitische Besprechung statt, die sich mit der Erörterung der Operationen während der Flottendemonstration und der eventuellen Blockade der montenegrinischen Häfen beschäftigt. Von Cataro liefen gestern mehrere österreichisch-ungarische Kriegsschiffe in der Richtung nach Antivari aus, darunter auch eine Kreuzerdivision.

Berlin, 1. April. Der kleine Kreuzer Breslau hat Befehl erhalten, sich zur Teilnahme an der in Aussicht genommenen Flottendemonstration an der montenegrinischen Küste in die Adria zu begeben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130402/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG